

Trump weiss, dass ihm Handelskriege Stimmen bringen

Eine Renaissance des multilateralen, regelbasierten Freihandels ist unwahrscheinlich



Wie würde Donald Trumps Handelspolitik in einer zweiten Amtszeit aussehen? Es ist eine offene Frage, doch die goldenen Zeiten des Freihandels scheinen vorbei.

ANNA MONEYMAKER / GETTY

ANDRÉ MÜLLER

«You screw us, we are gonna screw you back»: Mit dieser unflätigen Formel hat Donald Trump unlängst im Wahlkampf seine künftige Handelspolitik beschrieben. Frei übersetzt: «Wenn ihr uns bescheisst, werden wir euch auch bescheissen.»

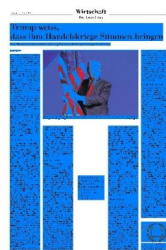
Solche Aussagen scheinen die schlimmsten Befürchtungen jener zu bestätigen, die auf eine Rückbesinnung der USA auf den regelbasierten Frei-

handel hoffen. Eine zweite Regierung unter Trump könnte mehr von dem bringen, was bereits die erste servierte: höhere Zölle, mehr Abschottung und neue Handelskriege. Trump kündigte im Wahlkampf bereits einen Zoll von 60 Prozent auf alle chinesischen Güter an und von 10 Prozent auf alle übrigen Importe.

Ob Präsident Trump das tun wird, was der Wahlkämpfer Trump verspricht, weiss niemand. Doch hat Freihandel im

Geiste von David Ricardo derzeit bei Demokraten und Republikanern ohnehin einen schweren Stand. Zahlreiche Amerikaner empfinden das heutige Welthandelssystem als «unfair».

Die USA werden auch unter den Demokraten nicht mehr der Champion des Freihandels sein, der sie einst waren. Das hat Präsident Joe Biden soeben bewiesen, als er am vergangenen Dienstag enorme Zölle auf chinesische



Elektroautos, Lithiumbatterien, Hafenkranen, Computerchips oder Solarzellen angekündigt hat. Damit ging Biden, was den Handel mit China anbelangt, selbst über Trumps Drohungen gegenüber Peking hinaus.

Erst nur Waschmaschinen

Biden gesteht mit diesem radikalen Schritt letztlich ein, dass Trumps Handelskriege beim Volk gut ankamen. Der Republikaner hatte in seiner ersten Amtszeit ab 2017 auf eine transaktionale Handelspolitik gesetzt, also auf bilaterale Deals statt multilaterale Abkommen. Er stoppte etwa die Verhandlungen mit der EU über das Freihandelsabkommen TTIP.

Trump und seine wichtigsten Berater in Handelsfragen erachteten die grossen Aussenhandelsdefizite der USA gegenüber der restlichen Welt als Zeichen der Schwäche und als Beleg, dass das Land im Regelsystem der Welthandelsorganisation (WTO) unfair behandelt werde. Diese Defizit-Theorie wird von den wenigsten Ökonomen unterstützt, wurde aber wirkmächtig.

Die Trump-Regierung startete auch deshalb ihren Handelskrieg gegen China. Im Januar 2018 führte sie höhere Zölle für Waschmaschinen und Solarpanels ein, später wurde die Liste der erfassten Güter immer länger. China hielt mit Vergeltungszöllen und Klagen bei der WTO dagegen. Dazwischen verhandelten die Grossmächte und erzielten Anfang 2020 sogar einen vorübergehenden «Deal». Doch Trumps Zölle gegen China sind noch heute in Kraft.

Trump konnte aber auch Erfolge im Freihandel vorweisen. Es gelang ihm, mit den Nachbarstaaten Mexiko und Kanada das alte Nafta-Abkommen durch einen modernen Freihandelsvertrag zu ersetzen. Wichtiger als einzelne Abkommen war Trumps Einfluss auf die Denkweise der Republikaner. Im Unterschied zu manchen Demokraten waren sie früher in der Regel überzeugte Freihändler. In George W. Bushs Amtszeit trat China 2001 der WTO bei – der Höhe-

punkt jener Ära. Die Hoffnung bestand, dass China sich in der Folge weiter öffnen werde. Robert Lighthizer schrieb seit langem gegen diese Politik an, blieb damit aber eine Randfigur in Washington.

Erst Trump zertrümmerte den alten republikanischen Konsens. Er rückte den amerikanischen Arbeiter ins Rampenlicht, der wegen des unfairen Wettbewerbs aus dem Ausland seinen sicheren Job in der Fabrik verliere.

Eine Gruppe von Ökonomen um David Autor konnte zwar nachweisen, dass Trumps Handelskriege diesen Arbeitern nicht viel nützten; die Jobs kamen nicht zurück. Stattdessen trieben sie die Preise in die Höhe. Dennoch kamen die Handelskriege bei vielen Wählern gut an. Der Eindruck, dass Trump sich für sie einsetze, half den Republikanern an der Wahlurne. Was heisst das für 2025?

Der Patient WTO

Trump's frühere Wegbegleiter haben aufgeschrieben, wie es in der nächsten Amtszeit weitergehen könnte. Peter Navarro schrieb im «Project 2025», einer Handlungsanleitung der rechtskonservativen Heritage Foundation für die nächste republikanische Regierung, gegen Chinas «wirtschaftliche Aggression» und die WTO-Regeln an. Robert Lighthizer hat seine Sichtweise 2023 in einem Buch dargelegt, das teils Rückblick und Rechtfertigung, teils Ideensammlung ist – und in eine ähnliche Richtung zielt.

Gemäss «Wall Street Journal» sollen manche Trump-Berater gar eine Schwächung des Dollars anpeilen oder darauf hinarbeiten, dass die Notenbank Fed ihre Unabhängigkeit verliert. Ähnlich wie Trumps Wahlkampfreden werden diese radikalen Vorschläge kaum eins zu eins umgesetzt werden. Dennoch lohnt sich ein Blick auf zwei der Hauptziele der Handelskrieger: die Welthandelsorganisation und China.

Die WTO wird von den USA nicht erst seit Trump unter Druck gesetzt. Die

Regierung Obama hat mit der Praxis begonnen, ihrer Berufungsinstanz kein Personal mehr zur Verfügung zu stellen, und warf damit die Streitschlichtungsverfahren aus der Bahn.

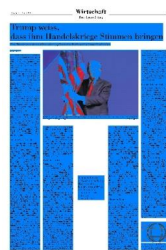
Die Kritiker aus den USA haben es vor allem auf die «Meistbegünstigten»-Klausel der WTO abgesehen: Ein Land muss die in der WTO abgemachten Zollkonditionen, die es einem anderen Land zugesteht, auch den anderen Mitgliedern gewähren. Diese Regel zementiere die Ungerechtigkeit gegenüber den USA, weil diese generell tiefere Zollhürden aufgestellt hätten als andere. Die Klausel gehöre abge-

Ökonomen konnte nachweisen, dass Trumps Handelskonflikte den Arbeitern nicht viel nützten; die Jobs kamen nicht zurück. Stattdessen stiegen die Preise.

schaft, finden sie; womöglich brauche es gar die WTO an sich nicht mehr. Von einem Austritt dürften die USA aber nicht viel haben – sie ignorieren deren Regeln in wichtigen Fragen ohnehin schon. Eine neue Trump-Regierung kann insofern schwerlich eine Zeitenwende einläuten im Umgang mit der WTO – aber sicher auch keine Renaissance.

Die Frage ist, wie die USA unter Trump mit ihren Verbündeten verhandeln würden. Seit dem Zweiten Weltkrieg nutzten die USA die Handelspolitik, um diese insgesamt stärker an sich zu binden. Sie öffneten den Partnern ihren gewaltigen Binnenmarkt und sahen dabei auch einmal darüber hinweg, dass diese nicht immer Gegenrecht gewährten. Das gilt für Europa und für ostasiatische Verbündete wie Japan, Südkorea oder Taiwan.

Ist diese Politik gefährdet? Navarro rechnet vor, dass auch diese Staaten die USA mit höheren Handelsschran-



ken über den Tisch zögen und sich die amerikanischen Arbeiter von geopolitischen Erwägungen nichts kaufen könnten. Andere Konservative wissen aber weiterhin um diese geostrategische Bedeutung des Handels – insbesondere wenn es darum geht, Koalitionen gegen Chinas geopolitische Ambitionen zu formen.

Alle gegen China

Besonderes Augenmerk wird eine zweite Regierung Trump wiederum auf das Reich der Mitte legen. Doch weil die USA in den letzten acht Jahren insgesamt viel China-kritischer geworden sind, könnte Trump die Handelspolitik gegenüber dem Land zwar verschärfen, aber kaum auf den Kopf stellen.

Jüngst haben Demokraten und Republikaner im Kongress beispielsweise gemeinsam ein Ultimatum an die chinesischen Eigentümer des sozialen Netzwerks Tiktok verabschiedet, das zentrale Rechtsgrundsätze, etwa die Redefreiheit und die Eigentumsrechte, infrage stellt: Verkaufen sie das US-Geschäft von Tiktok nicht, wird der Plattform der Stecker gezogen.

Peter Navarros Liste von Vorwürfen gegenüber Peking würden denn auch viele Demokraten und Republikaner unterschreiben: China schirme seine Wirtschaft mit unfairen Zöllen und Handelshemmnissen ab, betreibe Produktpiraterie und Währungsmanipulation. Zudem setze China in manchen Branchen gezielt massive Subventionen ein, um amerikanische Firmen aus dem Geschäft zu drängen.

Weitergehende Vorschläge Navarros könnten einen schweren Stand haben. Er empfiehlt, etwa die Finanzflüsse zwischen den USA und China stark zu be-

schneiden, zum Beispiel sollen amerikanische Pensionskassen nicht mehr in chinesische Aktien investieren dürfen, Anlegern aus China sollen Investitionen in Amerikas Hightech-Industrie verwehrt werden.

Der halb bekannte Unbekannte

Welche seiner vielen Drohungen würde Trump in einer zweiten Amtszeit also umsetzen? Niemand weiss es genau. Sicher wird sein transaktionales Politikverständnis erneut durchschlagen: Gefragt sind Deals, die ihn gut dastehen lassen. Es ist dagegen unwahrscheinlich, dass er politisches Kapital für eine Annäherung an China aufwendet, wenn sich damit in den USA ohnehin kein Blumentopf gewinnen lässt.

In Bezug auf Europa und die Schweiz ist die Ausgangslage weniger klar. Martin Naville, der langjährige CEO der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer, weist darauf hin, dass die Schweizer Wirtschaftsbeziehungen zu den USA sich unter Trump gut entwickelt haben. Die USA sind vor Deutschland der wichtigste Handelspartner der Schweiz, diese ist ihrerseits die sechstwichtigste Quelle von Auslandsinvestitionen in den USA.

Naville plädiert dafür, den Lärm Trumps und der USA insgesamt nicht überzubewerten. «Buy American» könne zwar für einige Exporteure Schwierigkeiten bieten. Doch für ausländische Unternehmen, die in den USA investierten, sei das Land noch immer sehr offen. Auf gliedstaatlicher Ebene sei weiterhin grosses Interesse da, solche Unternehmen willkommen zu heissen.

Für Schweizer Firmen relevant ist

die Frage, ob die üppigen Regierungsprogramme aus der Biden-Zeit, die eine Renaissance der amerikanischen Industrie bewirken sollen, auch unter Trump fortgeführt würden. Eine Rolle in dessen Kalkül dürfte spielen, dass zahlreiche republikanische Gliedstaaten von den Milliarden aus Washington stark profitiert haben. Ihnen den Geldhahn zuzudrehen, brächte auch für Trump politische Kosten mit sich.

Weiteren Aufschluss wird die Besetzung von Schlüsselpositionen geben: einerseits der Chef des Department of Commerce, andererseits der Handelsbeauftragte. Beobachter halten zweierlei für möglich: Entweder wird Trump auf Loyalisten und Überzeugungstäter setzen, was zu einer erratischen Politik führen könnte. Oder er holt ein «safe pair of hands» ins Handelsministerium – jemanden, der ihm den Rücken freihält, während er etwa in der Migrationspolitik Hardliner aufstellt, um beim Volk zu punkten.

Festhalten lässt sich: Eine Renaissance des multilateralen, regelbasierten Freihandels wird es unter Trump 2 sicherlich nicht geben.



Dieser Artikel ist auf NZZ PRO Global erschienen, der Informationsplattform für Führungskräfte und global Interessierte. nzz.ch/pro-global